

# „Schmidt wäre unter Hitler ebensoviel geworden“

Franz Josef Strauß über „wertneutrale“ Gegner und „dumme“ Freunde

Bei Karl Eigen, dem CDU-Abgeordneten und Vizepräsidenten des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, lauschten elf Tischgäste einem zwölften. Das Wort als Ehrengast führte, vier Tage vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, der Wahlredner Franz Josef Strauß. Mit am Tisch: Lokalredakteur Arnold zum Winkel, 39, vom „Ostholsteiner Anzeiger“ (Auflage: 6131) aus der Kreis-

stadt Eutin. Auf vier Blatt Papier schrieb der Journalist getreulich Straußens Tischgespräche mit — und sorgte für eine neue Strauß-Affäre in Bonn. Der SPD-Abgeordnete Gansel aus Kiel verschickte den Bericht an alle Bundestagskollegen, Kanzler Helmut Schmidt hält ein Exemplar zum Zitieren griffbereit, Regierungssprecher Klaus Bölling sprach von „Infamie“. Zum Winkels Notizen:

Herzlichen Dank für Speis und Trank — Franz Josef Strauß“, schreibt der Freund aus Bayern ins Gästebuch der Familie Eigen in Klein Parin. Der Dame des Hauses macht er das Kompliment: „Das war eine der besten Suppen, die ich im Leben gegessen habe.“ Und zum Hausherrn, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Eigen, sagt der Chef der CSU: „Sie haben vielleicht eine Küche hier! Drum sehen Sie auch so gut aus.“

Zwischen zwei Landtagswahlveranstaltungen... ist Strauß zum Mittagessen mit dem Hubschrauber in dem kleinen Dorf im Süden des Kreises zwischengelandet. Die Zeit drängt, aber zwischen Nordseekrabben-Cocktail und Wild mit Stangenbohnenemüse ist dennoch Raum zum Gespräch...

Strauß rechnet selbstverständlich mit einem Wahlsieg der Union in Schleswig-Holstein... „Wenn der Kohl in Rheinland-Pfalz nicht die absolute Mehrheit bekommen hätte“, betont Strauß, „dann wäre er als Kanzlerkandidat weg vom Fenster.“

Die Rede kommt auf die Leistungen Helmut Schmidts als damaliger Hamburger Innensenator bei der Sturmflutkatastrophe 1962. „Was Schmidt damals bei der Sturmflut an Ruhm geerntet hat, verdankt er alles mir“, sagt der frühere Verteidigungsminister Strauß. „Bei der Evakuierung der Menschen hat er sich Lorbeeren errungen mit Hilfe der Bundeswehr. Ich habe die Hubschrauber nach Norden geschickt.“ Dennoch habe sich Schmidt auch selbst widerrechtlich Bundeswehreinheiten unterstellt...

Es wird an die Terroristen-Aktion bei den Münchner Olympischen Spielen erinnert... Strauß gibt seinen Kommentar: „Genscher ist von vier Scharfschützen begleitet herumgelaufen wie ein Stoßtruppführer.“ Als das Massaker geschehen war, habe Genscher aber den „dummen Merk“, den bayrischen Innenminister, Bericht erstatten lassen. In Fürstentfeldbruck sei „nichts versäumt worden, was den Tod der Israelis garantiert“ habe.

Im Zweiten Weltkrieg wäre ein Offizier, der sich wie Genscher verhalten hätte, „auf dem Schlachtfeld degradiert

worden“. Und Strauß berichtet, daß die Scharfschützen auf dem Flugplatz Fürstentfeldbruck so postiert worden seien, daß sie sich gegenseitig in die Gewehrläufe gesehen hätten. So habe es denn auch in den eigenen Reihen einen Lungendurchschuß und einen Gesäßsteckschuß durch Polizeikugeln gegeben.

Kurze Pause zum Weiterspeisen. Dann läßt Strauß wieder den Löffel sinken: „Brandt bereitet seine Rück-

seinen Nachfolger erneut die Kanzlerschaft zu übernehmen. „Helmut Schmidt ist nicht gesund. Darauf spekuliert der Brandt.“ Größter Feind des gegenwärtigen Kanzlers sei das Nikotin — Strauß betont, daß er selbst vor sechs Jahren radikal mit dem Rauchen Schluß gemacht habe.

Es folgt eine Analyse der Persönlichkeiten. Helmut Schmidt habe einen völ-



Tischgast Strauß, Gastgeber Eigen, Ehefrau\*: „Erschreckende Kampfunfähigkeit“

kehr vor“ — in das Amt des Bundeskanzlers. Diese Bemerkung, die er — Strauß — bereits während seiner Haushaltsrede im Bundestag gemacht habe, sei ernst gemeint gewesen. Der SPD-Bundesvorsitzende Brandt werde bei seiner bevorstehenden Reise in die Sowjetunion eine „große Schau“ abziehen. „Er wird durch Rußland geführt werden wie ein österreichischer Kaiser zur Zeit Peters des Großen.“ Dabei werde Brandt die Auffassung vertreten: „Seit Schmidt dran ist, klappt die Ostpolitik nicht mehr.“

Strauß weiß auch, warum Brandt sich Chancen ausrechnen könne, von

lig anderen „Hintergrund“ als Brandt. Brandt sei „von Hause aus“ Kommunist und dann lange Zeit Volksfront-Sozialist gewesen. Er habe während des Krieges als US-Agent in Stockholm eine sozialistische Einheitspartei empfohlen und gefordert, alle konservativen Schichten auszumerzen. Die Berichte Brandts, die über den CIA an das State Department gegangen seien, könnten heute im National Archiv in Washington nachgelesen werden. Die CSU habe dort einen Vertreter, und von dem habe er die Berichte kopieren lassen, sagte Strauß. So habe sich Brandt im Jahre 1944 auch gegen eine Rückkehr von Juden ausgesprochen.

\* Vor dem Eigen-Hof in Klein Parin.

Helmut Schmidt wird dagegen von Strauß als „wertneutrale Mehrzweckwaffe“ bezeichnet. Der Bundeskanzler „wäre unter Hitler oder Mussolini, Franco oder Salazar ebensoviel geworden und hätte mit Sicherheit auch alle Stalinschen Säuberungen überstanden“. Als Offizier im Kriege sei Schmidt sogar für würdig befunden, zum Publikum der Freislerschen Volksgerichtsprozesse abkommandiert zu werden. Auf die Frage, warum er denn nach dem Kriege der SPD beigetreten sei, habe Schmidt in einem Interview geäußert, nach dem Kameradschaftserlebnis im Krieg habe er bei den Sozialdemokraten mehr Solidarität erwartet.

\*

Nicht gern geht Strauß offensichtlich auf das Thema Kanzlerkandidat der Union ein... Strauß (erinnert) an die Nominierung Barzels. Damals hätten CDU und CSU ein gemeinsames Papier erarbeitet, das eine „Magna Charta“ hätte sein sollen. Der Entwurf der bayrischen Union habe unter anderem die Feststellung enthalten, daß die — damals noch nicht ratifizierten — Verträge von Moskau und Warschau mit dem Grundgesetz unvereinbar seien.

Diesen Satz hätten Barzel sowie die CDU-Politiker Katzer und Weizsäcker ohne Einschränkung bejaht — allerdings darum gebeten, daß nichts darüber veröffentlicht werden solle, damit man sich „Scherereien“ erspare. „Aber“, so fährt Strauß fort, „fünf Monate später hatten sie alle ihr Gedächtnis verloren.“ Das sei nun von seiten der CSU zwar „verziehen, aber nicht vergessen“.

\*

Dann noch ein Wort gegen die Mitbestimmung. Hier argwöhnt Strauß eine Politik der kleinen Schritte, eine „Salamitaktik“. So könne von der Linken die paritätische Mitbestimmung als Übergangslösung angesehen werden, um dann beispielsweise eine Zweidrittelmehrheit für die Arbeitnehmer zu fordern. In diesem Zusammenhang beklagte Strauß eine „erschreckende politische Kampfunfähigkeit der Unternehmer“. Er postuliert „bestimmte ordnungspolitische Grundsätze“, zu denen selbstverständlich auch Mitwirkung der Arbeitnehmer und Vermögensbildung in einem „vernünftigen Maß“ gehörten sowie die Garantie des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Diese Grundsätze seien bei der SPD und der FDP heute zum Teil „verschmutzt“.

Gastgeber Karl Eigen zieht seinen Jagdkalender aus der Tasche und bietet Strauß an, doch im Oktober in Ostholstein einen Damhirsch zu schießen... Der Gast, der auf die Süßpeise verzichtet und seinen Mokka ohne Sahne und Zucker nimmt, verspricht, auf dieses Angebot zurückzukommen...

## SPARERSCHUTZ

### Alle 40 Jahre

**Rund 50 Millionen Mark wollen die Banken künftig alljährlich zurücklegen, um die Spareinlagen ihrer Kunden besser als bisher zu sichern.**

Auf den ersten Blick sieht es so aus wie die gute Tat des Jahres. Westdeutschlands Bankiers wollen auf eigene Kosten die seit der Herstatt-Pleite mißtrauischen Sparer vor Verlusten schützen.

Am Donnerstag vergangener Woche vereinbarten Friedrich Wilhelm Christians, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, und sein Hauptgeschäftsführer Helmuth Cammann mit der Bonner Regierung den „besten Sparerschutz auf dieser Welt“ (ein Sitzungsteilnehmer). Die neue Einlagensicherung, die von den Bonnern durch ein Sonderkonkursrecht für Banken und Steuerbegünstigungen mitgetragen und von Finanzminister Hans Apel am Dienstag dieser Woche bekanntgemacht werden soll, verspricht den deutschen Sparern tatsächlich einiges.

Als das Bankhaus Herstatt im Juni vergangenen Jahres zusammenbrach, bekamen nur jene Sparer, die bis zu 20 000 Mark auf ihren Konten hatten, ihre gesamten Einlagen wieder — alle anderen büßten mehr als ein Drittel ihres Vermögens ein. Künftig soll ein Fonds, den die Bankiers durch Beiträge füttern wollen, im Falle eines Falles die Rückzahlung „praktisch sämtlicher Einlagen des breiten Publikums“ (der Hamburger Bankier Alwin Münchmeyer) garantieren.

Alle, die in der etwas anmaßenden Sprache der Bankiers „Nichtbanken“ heißen — Privatleute, Industrie-Unternehmen, Versicherungen, Kirchen und Kommunen —, sollen bei einem Bankkrach ihre Guthaben zu Lasten des Fonds abheben dürfen, soweit ihre Ein-



**Pleite-Bankier Herstatt**  
Schwacher Trost für Betroffene



**Bankenverbands-Präsident Christians**  
„Im Interesse breiter Schichten“

lagen 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals der Bank nicht übersteigen. Selbst bei den kleinen privaten Kreditinstituten wären damit für jeden Einleger mehrere hunderttausend Mark geschützt. Wenn eine Bank überschuldet ist, werden nicht mehr wie bisher plötzlich die Schalter geschlossen. Der neue Fonds wird vielmehr an alle geschützten Gläubiger die Einlagen auszahlen.

Das Projekt, so hatte der Bankenvorstand an Finanzminister Hans Apel geschrieben, liege „im Interesse breiter Bevölkerungsschichten“.

Zunächst wollten die zuständigen Ministerien die Wohltat, die Apel jetzt mit einem Verzicht auf Besteuerung des Sicherheitsfonds unterstützen will, gar nicht so gern zulassen. Argwöhnisch hatten beispielsweise die Experten des Justizministers Hans-Jochen Vogel den Sparerschutz analysiert und gewarnt, daß „der wichtigste Grundsatz unseres Zivilrechts, nach dem, wer Schäden verursacht, auch allein dafür haften muß, verletzt werden könnte“ (Vogels Ministerialdirektor Albrecht Krieger). Und die Wettbewerbshüter des Wirtschaftsministers Hans-Friedrich mahnten, „Sicherheit und Konkurrenz sind feindliche Brüder“ (Friedrichs-Unterabteilungsleiter Wolfgang Karte).

Um Rechts- und Wirtschaftsordnung bangten die Beamten wegen einiger verzwickter Details, die sich die Bankiers ausgedacht hatten. So wird der neue Einlagensicherungsfonds des Bankengewerbes von jedem seiner Mitglieder den gleichen Beitragssatz (0,3 Promille des Einlagenvolumens) erheben. „Das ist nicht risikogerecht“, mäkelte Vogels Wirtschaftsjurist Krieger, „da haben wir